

Newsletter aus Berlin

Newsletter Oktober 2015

Norbert Brackmann informiert

Liebe Freunde,

die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen ist eine gewaltige Herausforderung. Sie zu bewältigen setzt einen realistischen Blick auf die zu lösenden Probleme voraus.

Gestern haben wir dazu ein Gesetzespaket zur Umsetzung der Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels vom 24. September 2015 beraten. Wir werden die Länder für 2015 und 2016 zusätzlich mit rund 6 Mrd. Euro unterstützen.

Mit dem 2. Nachtragshaushalt 2015 verdoppeln wir bereits beschlossene Finanzhilfen für dieses Jahr auf 2 Mrd. Euro. Zugleich bilden wir eine Rücklage für 2016 in Höhe von 5 Mrd. Euro, aus der die Länder u.a. eine Pauschale von 670 Euro pro Monat und Flüchtling erhalten. Wir stehen zu unserer Verpflichtung gegenüber den tatsächlich Verfolgten, die auf der Flucht bei uns Schutz suchen und eine Bleibeperspektive haben.

Zur Bewältigung der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen gehört aber auch, dass Asylverfahren beschleunigt werden, die Rückführung Ausreisepflichtiger vereinfacht und Fehlanreize, die zu einem weiteren Anstieg ungerechtfertigter Asylanträge führen können, beseitigt werden. Der Wechsel im Amt des Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge war ein starkes Signal.

Mit dem Gesetzespaket werden Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Asylbewerber aus diesen Staaten werden verpflichtet in Erstaufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Von dort erfolgt ihre Abschiebung, wenn sie nicht freiwillig ausreisen.

Zudem werden Fehlanreize beseitigt. In Erstaufnahmeeinrichtungen werden künftig nur noch Sachleistungen statt Bargeld gewährt. Die Leistungen für Ausreisepflichtige werden umgehend reduziert, wenn sie Deutschland nicht verlassen.

Die Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten wird erleichtert. So darf künftig nach Ablauf der Frist zur Ausreise der Termin der Abschiebung nicht länger angekündigt werden, um die Gefahr des Untertauchens zu verringern. Die Höchstdauer der Aussetzung von Abschiebungen durch die Länder wird von sechs auf drei Monate reduziert.

Die gesamten Maßnahmen greifen aber nur, wenn auch die Länder ihrer Verantwortung nachkommen. Die Weitergabe der Finanzhilfen an die Kommunen und die Durchsetzung von geltendem Recht dürfen nicht verhandelbar sein.

Ministerpräsident Albig tut jedoch genau das. Schleswig-Holstein saniert sich mit Mitteln des Bundes auf Kosten der Kommunen. Im Flüchtlingsgipfel haben die Länder darauf bestanden, dass der Bund keine Mittel direkt an die Kommunen zahlt. Die vom Bund vorgesehene Grundgesetzänderung, um den Kommunen unmittelbar helfen zu können, haben die Länder abgelehnt. Dann haben sie für die Erstattung der Kosten von Registrierung bis zur Entscheidung über den Antrag eines Flüchtlings als Kosten definiert und sich die zu 100% vom Bund erstatten lassen. Am Mittwochabend hat Ministerpräsident Albig nun die Katze aus dem Sack gelassen: Die Kommunen bekommen keinen Cent ab! Damit bereichert Albig das Land auf dem Rücken von Kommunen und ehrenamtlichen Helfern.

Podiumsdiskussion WELT- Infrastrukturgipfel



Die Woche war neben den Beratungen zur Flüchtlingskrise geprägt durch den 3. WELT-Infrastrukturgipfel und dem Fachgespräch beim Arbeitskreis Verkehr des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Kern der Diskussion beider Veranstaltungen war die Infrastrukturfinanzierung. Hier machte ich deutlich, dass es nicht am Geld des Bundes liegt. Es gibt schlichtweg zu wenige Bauingenieure, um die steigenden Investitionsausgaben des Bundes mit Planungen zu unterlegen. Hier haben die Länder in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben in der Bildungspolitik ein-

fach nicht gemacht. Die Studierendenstatistik Bauingenieurwesen 2013/2014 des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie belegt das: Wurden im Jahr 2000 noch rund 6.400 Bauingenieure bundesweit ausgebildet, ist die Zahl der Absolventen an Universitäten und Fachhochschulen in 2013 auf 3.860 zurückgegangen. Stattdessen werden wie an der Universität Kiel immer neue Studiengänge wie „Gender Studies“ oder Friesische Philologie aufgemacht.

Volker Kauder in Ahrensburg

Am 19. Oktober 2015 wird der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, in Ahrensburg sein. Neben aktuellen Themen der Bundespolitik, wird Herr Kauder auch über die Zukunft Europas ausführen. Weitere Informationen finden Sie gerne auf meiner Homepage. Eine Anmeldung bis 12. Oktober 2015 ist unter armin.linnartz@cducsu.de möglich.

Ich würde mich freuen, Sie dort begrüßen zu können!